

L-01-160 Alle nach ihrer Fassung – Für ein selbstbestimmtes Leben in Berlin

Antragsteller*in: Filiz Keküllüoğlu (Bunt-Grün)

Änderungsantrag zu L-01

Von Zeile 160 bis 164:

~~Wir sind in Berlin in der rot-rot-grünen Koalition beim inklusiven Wahlrecht bereits vorangegangen. Der nächste Schritt muss endlich das kommunale Wahlrecht sein. Für geflüchtete Menschen ist das Aufenthaltsrecht die größte Hürde. Für uns gilt: Wer etwas lernen und arbeiten will, soll bleiben können. Für geflüchtete Menschen ist der Zugang zum Arbeitsmarkt noch immer vom Aufenthaltsrecht abhängig. Das ist alles andere als fair.~~ Deshalb haben wir auf Bundesebene ein eigenes Einwanderungsgesetz als Alternative zu den Gesetzentwürfen der Bundesregierung vorgelegt.

Begründung

Dieser Absatz war sehr diffus und unstrukturiert.

Wir wollen das Bleiberecht nicht auf ökonomischen Verwertungsgedanken basieren, sondern leiten dieses Recht aus den universellen Menschenrechten ab.

(Alle Änderungen in dem Kapitel "Teilhabe ermöglichen und Inklusion gestalten" sind bitte als ein gemeinsamer Änderungsantrag zu betrachten. Technisch war die gemeinsame Einbringung nicht möglich und musste häppchenweise erfolgen).